
GROSSER RAT AARGAU

**Motion René Kunz, Reinach (Sprecher), und Dr. Dragan Najman, Baden,
vom 30. Juni 2009 zur Förderung erneuerbarer Energien**

Text:

Der Regierungsrat wird ersucht, § 54 (Energieversorgung) in der Kantonsverfassung zu ergänzen, um so die erneuerbaren Energien im Kanton Aargau nachhaltig zu fördern.

Das Ziel soll sein, dass ein Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 15 % hinsichtlich der Energieversorgung bei Liegenschaften im Kanton Aargau bis im Jahr 2025 realisiert wird. Hierbei sind u.a. zu fördern: Erneuerbare Energien wie Wind-, Wasser-, Erdwärme- und Solarenergie aber auch Energie aus Deponie- und Kläranlagen. Wenn Klärschlamm und Abfälle verrotten, werden bekanntlich als Nebenprodukt Treibhausgase freigesetzt. Diese können ebenfalls genutzt werden.

Die Zur-Verfügung-Stellung von Energie aus regenerativen Ressourcen soll mit zweckdienlichen Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden.

Begründung:

Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat sich durch internationale Verträge verpflichtet, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dies kann nur geschehen, wenn wir heute konkrete Massnahmen gegen die Umweltbelastung wegen der unkontrollierten Verwendung fossiler Brennstoffe und der damit verbundenen Klimaerwärmung ergreifen. Es soll deshalb jede vernünftige Energiepolitik durch den Kanton Aargau unterstützt werden, welche sich an den Zielen - Umweltverträglichkeit, Reduzierung des Energieverbrauches und Erzeugung alternativer Energien orientiert. Die erneuerbare Energie gilt - neben dem Energiesparen - als bedeutsamste Alternative zu fossilen Brennstoffen.

Nicht nur im Strombereich, sondern auch im Treibstoffbereich sollen in Zukunft mehr nachhaltige Technologien erforscht werden. Der Vergeudung von Energie muss Einhalt geboten werden, denn das Verschwinden von nur beschränkt vorhandenen Rohstoffen wird uns eines Tages hart treffen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass bei ständig steigenden Energiekosten die Wahl des Energieträgers und des ökonomischen Heizungssystems immer wichtiger wird.

Der Kanton Aargau soll diesbezüglich in der Schweiz eine Vorreiterrolle einnehmen, mit dem Ziel, dass auch die anderen Kantone nachziehen.